

Bericht über ein Kontakt- und Informationsgespräch mit dem DeHoGa-Landesverband Berlin, vertreten durch den Hauptgeschäftsführer Herrn Thomas Lengfelder am 26.07.2016 in der Geschäftsstelle Keithstr.06

Auf der Grundlage einer Vorstellungsaktion der neuen DFKA-Landesbeauftragten für Berlin und Brandenburg, Frau Anke Samuelson erklärte der DeHoGa-Verband Berlin sein Gesprächsinteresse und fand sich zu einem Treffen am o. a. Tage bereit. Da Frau Samuelson erst seit einigen Wochen als Landesbeauftragte des DFKA e.V. fungiert, bat sie den Verbandsvorsitzenden Herrn Roland F. Ketel um Unterstützung, so dass er sie zu diesem Termin begleitete.

Zu Beginn des Gespräches stellten sich die Teilnehmer vor und Frau Samuelson erklärte kurz die Vorhaben und Ziele des DFKA e.V. sowie ihre persönliche berufliche und unternehmerische Stellung und Ausrichtung. Hierbei kam man schnell auf die aktuelle politische Entwicklung zum vorliegenden Gesetzentwurf zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen und die diesbezüglichen Standpunkte der Wirtschaftsverbände zu sprechen. Herr Lengfelder brachte ohne große Umschweife zum Ausdruck, dass die DeHoGa in Ihrer Gesamtheit das Gesetz aus verschiedenen Gründen ablehnt, aber insbesondere die damit verbundenen Kostenbelastungen für die Verbandsmitglieder kritisiert. Als Verursacher der durchaus bekannten Wettbewerbsverzerrungen und Steuerverkürzungen machte er die KassenhHersteller und das vom Verband auch vertretende Fachgewerbe verantwortlich. Konkret beschuldigte er die Hersteller von Registrierkassen und Abrechnungssystemen wie auch das Fachgewerbe, aus Gründen der Ertragssteigerung und der Wettbewerbsbevorteilung, manipulationsfähige Technik zu produzieren und anzubieten.

Dieser Darstellung widersprach Frau Samuelson wie auch Herr Ketel. Sie machten deutlich, dass die Forderung nach Manipulationsfähigkeit der Kassen in den Jahren seit 2000 in immer größeren Rahmen von Firmen der Gastronomie und speziellen Branchen des Einzelhandels ausgehen. Firmen aus der DFKA-Mitgliedschaft haben sich bewusst mit einem Ehrenkodex zusammengeschlossen um dem Teufelskreis der Kassenmanipulation zu widerstehen. Dies führt zu einer erheblichen Wettbewerbsbenachteiligung und zu Umsatzverlusten, die die Existenz dieser Fachbetriebe bedroht.

Herr Ketel wie auch Frau Samuelson brachten zum Ausdruck, dass sie den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen, da dieser inhaltlich unvollkommen und handwerklich unzureichend sei. Es ist nicht erkennbar, wie eine keinesfalls untersetzte Zertifizierung (verantw. das BSI - ohne jegliche bisherige Kompetenz) die Manipulation einschränken oder gar verhindern soll.

Hier entstand durchaus eine Angleichung der Standpunkte und auch ein gewisses Quantum Verständnis.

Auch die DeHoGa Berlin erkennt die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen, die nicht nur mit einer Verschärfung von bürokratischen Sanktionen verbunden sein darf. Hierbei kam INSIKA wieder ins Gespräch. Hierzu klärten Frau Samuelson und Herr Ketel auf, welche unbegreiflichen Maßnahmen, Standpunkte und Gesetzesvorschläge das BMF unterbereitet, ohne dazu jemals fachliche Spezialisten herangezogen zu haben. Von dieser Verfahrensweise ist auch das BSI nicht weit entfernt.

Diesbezüglich informierte Herr Ketel von Gesprächen mit dem BSI und erbat von Herrn Lengfelder Unterstützung zwecks positiver Meinungsbildung bei Bundesamt. Herr Lengfelder wie auch Herr Ketel stellten fest, dass es durchaus eine erhebliche Menge der Übereinstimmung in der Wertung des Gesetzesvorschlages gibt, wozu man durchaus den Meinungsaustausch fortsetzen sollte.

Man verständigte sich darauf, die fachlich-spezifische Sachlage zu diskutieren und entsprechende Dokumente auszutauschen, so dass auch in der DeHoGa eine unterstützende Versachlichung zum Thema möglich erscheint.

Das Gespräch erschien zum Ende hin, als nicht abgeschlossen und der Gesprächskontakt sollte bestehen bleiben und gepflegt werden.

Zum Abschluss übergab Herr Lengfelder, auf die Bitte von Herrn Ketel hin, das Statement der Hauptgeschäftsführung der DeHoGa von Juli 2016 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Schutz gegen Manipulation von digitalen Grundaufzeichnungen kommentarlos.

F. d. Richtigkeit:

Berlin, den 27.07.2016

gez. Anke Samuelson

gez. Roland F. Ketel

Anlage: